

1 **Antragstitel: Neufassung des Kommunalabgabengesetzes für NRW**
2 **(KAG)**

3
4 **Antragsteller: FDP Kreisverband Aachen-Land**

5
6 Der Landesparteitag möge beschließen:

7
8 Der Landesvorstand der FDP in NRW und die FDP-Landtagsfraktion mögen sich bei den Koalitionsverhandlungen zur Neufassung des KAG dafür einsetzen:

9
10
11 1.) dass bei der Erneuerung des Kommunalabgabengesetzes für die Straßenbaubeiträge der Anlieger eine steuerfinanzierte Lösung im Sinne der Kommunen und Anlieger zu erwirken ist.

12
13
14 2.) Darüber hinaus soll eine landesweit einheitliche Lösung für alle Städte und Kommunen geben, damit es nicht zur „2-Klassen-Gesellschaft“ zwischen ärmeren und reicheren Kommunen kommt.

15
16
17
18 3.) Das Gesetz muss eine Beweislastumkehr beinhalten, nach der die Kommune zu beweisen hat, alles für Erhalt und Unterhalt der betreffenden Straßen während derer Lebenszeit unternommen zu haben. Kommunen, die dieses nicht (komplett) nachweisen können, müssen die Kosten komplett (anteilig) übernehmen. Angestrebt werden soll eine vollständige Befreiung der Anlieger von den Abgaben, da diese keinen direkten Nutzen von Sanierungsarbeiten im Straßenraum haben.

19
20
21
22
23
24
25 4.) Die für die Entlastung der Anlieger erforderlichen Mittel von ca. 150 Mio € (Basis 2016/2017) werden den Kommunen zweckgebunden als Landesmittel zur Verfügung gestellt und in den Folgejahren eingeplant.

26
27
28
29 5.) Mittelfristig ist darauf hinzuwirken, dass Investitionen und Abschreibungen wieder zumindest gleich hohe Summen im Land und den Kommunen aufweisen, um das jahrelange „auf Verschleiß fahren“ zu beenden.

30
31
32
33
34 **Begründung:**

35
36 Erfolgt mündlich

37
38
39
40 **BESCHLUSS:**
41